

Arme Banken

Die europäischen Banken können einem leidtun. Seit der großen Finanzkrise, die zu Anfang `Subprimekrise` hieß und mittlerweile mehr als ein Jahrzehnt hinter uns liegt, hagelt es Prügel. Ein Blick auf die Kursverläufe von Commerzbank, Credit Suisse, Deutsche Bank, Barclays, Santander und Unicredit gibt einen Eindruck von dem kläglichen Zustand der Kreditbranche. Wie schmachlich zudem einige staatliche Landesbanken untergegangen sind, die sich vor der Finanzkrise wie vogelwilde Hedgefonds gerierten, ist Vielen noch gut erinnerlich.

Wust an Regelungen, die man unter dem Schlagwort `Compliance` zusammenfassen kann, hat den bürokratischen Aufwand in der Finanzindustrie dramatisch anschwellen lassen. Fataler noch ist die Zinspolitik der Europäischen Zentralbank. Die von Banken geforderten Negativzinsen für Einlagen bei der Notenbank führen zur Disruption im Einlagengeschäft. Für Kreditinstitute ist das Verwahren von Depositen unattraktiv geworden, zumal das staatliche Justizsystem höheren Kontoführungsgebühren und negativen Verwahrungsgelten kritisch gegenübersteht. Die destruktive Rolle des Staates geht aber noch weiter, denn der Staat tritt am Markt als privilegierter Wettbewerber in vielen Finanzgeschäften auf.

Gegenüber ihren Wettbewerbern aus den Vereinigten

Staaten machen die europäischen Banken einen abgehalfterten Eindruck. Während JP Morgan, Bank of Amerika, Citigroup und andere von Rekord zu Rekord bei Einnahmen und Gewinn eilen, erscheinen die europäischen



Banken als Winzlinge. Gleiches gilt auch für das schicke Segment der Fintechs. Überwiegend trifft man derartige Unternehmen in den USA an, mit entsprechend positiven Folgen für Arbeitsplätze und Wohlstand. In der EU hat

man bislang nicht hinreichend realisiert, dass Innovation in unregulierten Wirtschaftsbereichen besonders gut gedeiht. Es ist eben kein Zufall, dass Amerika in den digitalen Wachstumsbranchen seinen europäischen Pendanten enteilt ist. Die marktfreundlichere Regulierung und der weise Verzicht auf Negativzinsen tragen Früchte.

Derweil ergeht man sich in Brüssel und Berlin in immer neuen Vorschriften (Lieferkettengesetz, Frauenquoten, Mifid, ESG, Pflichtklimaberichte etc.). Es ist eine der größten Fehleinschätzungen der deutschen Politik, Finanzmarktpolitik jahrzehntelang fehlpriorisiert zu haben. Bundeskanzlerin Merkel hat sich während ihrer 16-jährigen Regentschaft nie für das Thema interessiert. Kanzlerkandidat Scholz kokettiert mit seinem Sparbuch als Kapitalanlage;

Aktien besitzt er nicht. Und bei den Grünen, die traditionell auf Kriegsfuß mit der Finanzmarktbranche stehen, ist Kanzlerkandidatin Baerbock zuletzt zwar stark aufgefallen, keineswegs aber aufgrund etwaiger Finanzmarktexpertise.

Der Rückstand gegenüber den USA in Finanzmarktdingen dürfte nicht mehr aufholbar sein.

Aus Chicago

Ihr



Dr. Christoph Bruns